

# Vor ihm zittert London

Die britischen Rechtspopulisten finden eine neue Wählerschaft in den britischen Industriestädten.

LONDON. Senfgebildes Tweed-Jackett, ein Bier in der Hand und eine spöttische Bemerkung über die EU auf den Lippen: So sieht sich Nigel Farage am liebsten – entspannt und volkstümlich. Das ist in groben Zügen auch das Bild des Chefs der UK Independence Partei (UKIP), das England aus dem Fernsehen kennt. Um den Mann der Stunde live zu erleben, hat sich Andrew Smith an einem kühlen Maiabend in ein Kirchenzentrum in der Stadt Derby gegeben. „Der weiß, wovon er spricht. Der hat gearbeitet. Der ist ein Mann des Volks“, sagt Smith, ein ehemaliger Tory-Wähler. „Und die EU sollten wir lieber heute als morgen verlassen.“ Doch es sind nicht nur die üblichen Euroskeptiker, die der exzentrische Alleinunterhalter Farage mobilisiert. Sein Wahlkampfauftritt in der alten Industriestadt Derby zieht ein völlig neues Publikum an: Sean O'Rourke beispielsweise, einen 47-jährigen Bauarbeiter in Jeans, Sweatshirt und mit dicker Silberkette um den Hals. „Ich gehöre zur Arbeiterklasse, ich habe mein Lebtag die Labour-Partei gewählt“, erzählt er. Von der alten linken Arbeiterpartei hat er sich enttäuscht abgewendet: „Die hören schon lang nicht mehr auf die Stimme des Volks.“

Die UK Independence Party, 1993 gegründet, fordert den EU-Austritt Großbritanniens – unverzüglich, reuelos, ohne Wenn und Aber. Ihr zweites Ziel sind drastische Verschärfungen der Immigrationskontrollen. Laut UKIP bringt die EU-Mitgliedschaft Großbritannien nicht den geringsten Nutzen. Im Gegenteil, das Königreich habe die Kontrolle über seinen Handel, seine Gesetzgebung und seine Grenzen verloren. „Ich biete den Menschen an, ihnen ihr Land, ihre Demokratie und ihre Selbstverantwortung zurückzugeben. Das ist vermutlich die wichtigste Verfassungsänderung seit dem englischen Bürgerkrieg“, betont Farage. Der Bürgerkrieg von 1642 bis 1649 – das zur Erklärung war die Zeit, als Britannien eine Republik war, Oliver Cromwell mit seinen Truppen durchs Land zog und König Charles I. seinen Kopf verlor.

Das ist klar, kühn und keck formuliert. Und es verfehlt seine Wirkung nicht. Ursprünglich stieß UKIP nur bei der konservativen, traditionsbewussten Bewohnerschaft im ländlichen Süden auf Interesse.

Inzwischen ist UKIP zu einem ernst zu nehmenden Phänomen geworden: Laut Umfragen könnte sie bei den Europawahlen, die in Großbritannien bereits am Donnerstag über die Bühne gehen, stimmenstärkste Partei werden.

Farage ist inzwischen auch in den Arbeiterhochburgen des Nordens auf Stimmenfang. Er werde „die Labour-Partei durchschütteln“, verkündet er munter. Ein bisschen

**Barbara Klimke** berichtet für die SN aus Großbritannien



Klassenkampf kann da nicht schaden. Derby beherbergt ein Rolls-Royce-Werk mit 12.000 Arbeitnehmern und hat seinen Platz in der Geschichte der Industriellen Revolution, seit 1717 die erste wasserbetriebene Seidenspinnereifabrik der Welt in Betrieb genommen wurde. Die Einwanderung aus den EU-Ländern, so sagt er, komme nur den besseren Schichten zugute: den Landbesitzern und Geschäftsleuten, die vom massenweisen Zuzug billiger Kindermädchen, Chauffeure und Gärtner profitierten.

Einer gegen alle: Das ist ein Kernthema des UKIP-Chefs. In seiner

Weltsicht werden alle Parteien von denselben Leuten regiert: ehemaligen Privatschülern wie David Cameron oder dem Liberalen-Chef Nick Clegg, die in Oxford oder Cambridge studierten und dann in die Politik einstiegen. Dass er genau dieselbe Erziehung genoss, verschweigt er lieber.

Nigel Farage, Sohn eines Börsehändlers, besuchte ein teures Internat in Dulwich und begann eine Maklerkarriere in der Londoner City. Seit 1999 sitzt er für UKIP im Europäischen Parlament und bezieht ein Abgeordnetengehalt von rund hunderttausend Euro im Jahr plus eine vierstellige monatliche Aufwandsentschädigung.

Als Angehörigen der verachteten britischen Politikerkaste aber sieht er sich nicht: Vielmehr bezeichnet er sich selbst als „Agent des demokratischen und wirtschaftlichen Wandels“.

UKIPs denkwürdigster, wenn gleich wenig konstruktiver Beitrag in Straßburg bestand bislang darin, dass Nigel Farage den europäischen Ratspräsidenten Herman Van Rompuy 2010 einen „nassen Lappen“ nannte. „Ich habe seinen Bekanntheitsgrad über Nacht verdoppelt“, spottet Farage zum Gelächter des Publikums in Derby. Dennoch ist

Europa erstaunlicherweise nicht das größte Reizthema für die UKIP-Wähler.

Umfragen zeigen, dass die EU nur für ein Drittel von ihnen zu den wichtigsten Themen zählt. Vielmehr ist „Europa“ ein Codewort für eine vielfältige Verdrossenheit auf der Insel, wie der Meinungsforscher Peter Kellner vom Institut YouGov herausgefunden hat: Es steht für alles, was als Bedrohung der Existenz oder des Lebensstils empfunden wird, von Immigration bis zu Verwaltungsbürokratie und der Gefährdung von Natur und Umwelt. Das erklärt auch, warum so viele konservative Wähler von Camerons Tories zu Farages Rechtspopulisten überlaufen – obwohl ihnen der Premier doch eine Volksabstimmung über den EU-Ausstieg versprochen hat.

Die Zeiten, in denen Cameron die UKIP-Mitglieder als „Verrückte und Rassisten im stillen Kämmerlein“ bezeichnete, sind vorbei. Die Konservativen nehmen die Partei inzwischen ernst. Immerhin ist UKIP auf dem besten Weg, die Tories zu spalten – wenn nicht bei der Europawahl, dann bei den Unterhauswahlen im Jahr 2015.



**Nigel Farage (50) segelt auf eine Welle der Verdrossenheit in Großbritannien.**

BILD: SN/AF

**POST AUS**  
der Südsee



## Bekannt mit Berühmtheiten

Das Land ist sehr klein. Wer nicht tagträumt auf den Salomonen, kommt nicht umhin, Berühmtheiten zu treffen. Während der Fußball-Ozeanienmeisterschaft 2012 gesellte sich in einem Nachtclub die neukaledonische Nationalmannschaft zu meinen Freunden und mir – am nächsten Tag kickte sie mit uns am Strand.

Beim Besuch der Nationalgalerie in der Hauptstadt Honiara lasse ich mir die Bilder und Holzskulpturen gleich von den Künstlern erklären. Viele von ihnen arbeiten in einem Atelier im Hinterzimmer, sofern sie nicht gerade einem Nebenjob als Taxifahrer nachgehen.

Die einflussreichste Bekanntschaft aber machte ich auf einem Wochenendtrip. Neben dem Jüngling am Steuer des Taxis saß der Präsident des Parlaments der Salomonen, ehemals Premierminister und nun Besitzer der Lodge, zu der ich unterwegs war.

Ich erzählte ihm von den 13 österreichischen Bundesministern. Die Reaktion des Ex-Premiers: „Das wäre nichts für uns – das Gerangel um die Posten wäre zu groß.“

Das Parlament der Salomonen zählt übrigens 50 Mitglieder. 24 von ihnen sind zugleich auch Minister und sitzen damit an den Geldtöpfen.

**Elio Stamm**, Korrespondent für die SN in Honiara

## OHNE PROTOKOLL

### Peinlicher Druckfehler in regierungsnahem Blatt

**KAIRO.** Ein höchst peinlicher Schreibfehler hat in Ägypten dazu geführt, dass 9000 frisch gedruckte Exemplare der regierungsnahen Tageszeitung „Al-Ahram“ vernichtet wurden. Das berichteten kürzlich ägyptische Medien.

Die Überschrift zu einem Interview mit dem Präsidentschaftskandidaten Abdul Fattah al-Sisi lautete demnach in der ersten Fassung „Al-Sisi hat ein gigantisches Projekt zur Bekämpfung des Denkens.“ Es hätte tatsächlich heißen sollen: „Al-Sisi hat ein gigantisches Projekt zur Bekämpfung der Armut.“

SN, dpa

# Die Jungen wissen, warum sie am Sonntag wählen wollen

Es gibt eine Reihe von Vorurteilen gegenüber dem EU-Parlament. Es gibt aber auch gute Gründe, wählen zu gehen.

Das EU-Parlament ist weit weg, gefühlt nicht zuständig für unser Wohl – freilich aber für unser Weh – und ohne Kompetenz. Die Liste an Vorurteilen ist lang. Warum also am kommenden Sonntag überhaupt wählen gehen?

Die Jungwähler im Land lieferten bei einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik zwei zentrale Gründe: Österreich soll gut in der EU vertreten sein, gaben 57 Prozent als Wahlmotiv an. Noch mehr wollen schlichtweg von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen.

Das sind nicht nur für Junge zwei gute Gründe zu wählen. Die meisten Bürger wollen eine demokratischere EU. Die Forderung ist berechtigt. Gerade im Zusammenhang mit der Eurokrise wurden Entscheidungen großer Tragweite getroffen, die aus demokratiepolitischer Sicht fragwürdig waren. Die Troika verordnete Maßnahmen, die nur bedingt durch die nationalen Parlamente legitimiert waren, das Euro-

päische Parlament hatte gleich gar nichts mitzureden.

Mehr Parlament heißt nicht nur in diesem Fall: mehr Demokratie. Seit dem Vertrag von Lissabon hat das Europaparlament deutlich mehr Kompetenzen erlangt, es entscheidet bei nahezu allen Gesetzesvorhaben mit und kann sie auch zu Fall bringen. Das haben die Abgeordneten 2012 beim Anti-Piraterie-Abkommen ACTA bewiesen. Nach massiver Kritik aus der Bevölkerung lehnten sie den Vorschlag mit großer Mehrheit ab, genauso wie in der aktuellen Legislaturperiode jenen zur Saatgutverordnung. Das Europaparlament wird mit immer mehr Kompetenz ausgestattet. Nicht zuletzt deshalb wird es immer wichtiger, wen wir als unsere Vertreter dorthin entsenden. Der Spruch „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“ hat lange schon ausgedient. Vielmehr sollten wir die besten Abgeordneten nach Europa schicken. Sie entscheiden mittlerweile

immerhin über den Großteil der Gesetze, die in Österreich gelten.

Wer sind die Besten für dieses Amt? Das dürfen die Wähler entscheiden. Es ist ein demokratisches Recht, am Sonntag zu urteilen, wer Österreich in der EU gut vertritt.

Knapp die Hälfte der österreichischen Jugendlichen will diese Entscheidung laut der Befragung „sicher“ treffen und zur Wahl gehen. Die Politikverdrossenheit ist damit geringer als gemeinhin angenommen. Die Studie brachte aber auch zutage: Die Jungen gehen eher wählen, je besser sie sich über das Europaparlament informiert fühlen. Wer weiß, dass der Großteil unserer Gesetze mittlerweile aus Brüssel kommt, wird sich genau überlegen, wer sie mitbestimmen soll. Gefragt ist daher Information – in den Schulen, in den Medien, aber letztlich auch von den Politikern selbst.

STEPHANIE.PACK@SALZBURG.COM

**EU CHECK**  
Stephanie Pack

